

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

Inhalt:	Seite
Eine gefährliche Theorie.	517
Gesetzgebung und Verwaltung. Erhöhung der städtischen Arbeitslosenunterstützung in Dresden. — Auswanderungsverbot für holländische Metallarbeiter.	519
Statistik und Volkswirtschaft. Die Rohstoffversorgung der Industrie. — Die dänische Arbeitslosenversicherung im Jahre 1914/15.	521

Inhalt:	Seite
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. — Sicherheitsmännervahlen im Ruhrkohlenrevier.	522
Lohnbewegungen und Streiks. Lohnbewegungen in der Schweiz während der Kriegszeit.	524
Privatversicherung. Eine gemeinnützige Einrichtung.	524
Mitteilungen. Arbeitersekretär für Adnigsberg gesucht.	524
Dierzu: Statistische Beilage Nr. 5. Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914.	

### Eine gefährliche Theorie.

Zu zwei Aufsätzen in Nr. 5 und 6 der „Neuen Zeit“ entwickelt Karl Kautsky eine Theorie, die geeignet ist, den festen Zusammenhang in der Arbeiterbewegung zu erschüttern und die Einheit der Partei in Stücke zu schlagen. Er untersucht in Nr. 5 in langatmigen Ausführungen das Parteigetriebe, das er als Ergebnis des Zusammenwirkens zahlreicher Einzelwillen anspricht, die die Uebereinstimmung zusammenführt, dem gleichen Ziel zuzustreben, und deren Wirken von der festen persönlichen Ueberzeugung seiner Notwendigkeit getragen sein muß. Die persönliche Ueberzeugung des einzelnen reicht nicht aus, wenn dieser nicht Kampfgenossen findet. Nur durch Gewinnung und Zusammenfassung Gleichgesinnter zu geschlossenem, planmäßigem Zusammenwirken können schwache Elemente sich behaupten. Diese Zusammenfassung finde aber in der persönlichen Ueberzeugung ein Hindernis und sei nur möglich, wenn jeder ein Stückchen von seiner Eigenart opfere. Für dieses Opfer werde er durch die aus der Vereinigung erwachsende vermehrte Kraft belohnt.

So bewege sich die Parteibildung und -bewegung zwischen zwei Gegensätzen. Die Masse und Kraft der Partei gewinnt durch Toleranz gegen verschiedene Ueberzeugungen, die Parteifaktion erheische zu ihrem Gelingen Einheitlichkeit, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Wahrung der Parteidisziplin. Aber der einzelne werde an der Parteifaktion um so energischer teilnehmen, je mehr sie seiner Ueberzeugung entspreche. Die richtige Mitte zwischen den Bedürfnissen der Parteidisziplin und denen der persönlichen Ueberzeugung zu halten, sei ein Problem der Parteibewegung. — Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Parteifaktionen zu wahren und doch keine mit dem Parteizweck vereinbare Ueberzeugung zu vergewaltigen. Solange eine Partei klein sei, treten die individuellen Unterschiede mehr hervor, in der großen Masse dagegen das Gemeinsame, sie könne ein Maximum von Begeisterung wie von Parteidisziplin hervorrufen. In den Anfängen einer Partei fehle dieses zusammenhaltende Moment, weshalb die Parteianfänge immer chaotisch seien, solange, bis eine überwältigende Persönlich-

keit auftrete, die alle anderen Individuen weit übertrage und fessle. Andererseits rekrutierten sich die ersten Parteelemente gewöhnlich aus Schichten, die bisher dem politischen Leben fernstünden. Gesellte sich zu ihnen ein Mann der Wissenschaft mit vollkommenem Kenntnis der alten Parteien und ihrer Politik, der zu ihnen kommt, um ihre Kraft zu ihrer eigenen Befreiung zu entfesseln, so erwachsen aus der Hingabe an den geliebten Führer in gleicher Weise begeisterte Ueberzeugung wie Parteidisziplin. Es sei kein Zufall, daß die Anfänge aufstrebender Parteien stets auf gewaltige Persönlichkeiten zurückgehen, während andererseits in den älteren Parteien die Masse ihrer Anhänger politisch reifer und die Zahl ihrer Talente größer sei. Indes schwänden die Bedingungen des Personenkults durch das Wachstum der Partei. Dagegen tritt in der Partei selbst eine größere Differenzierung ein, weil die Masse in keinem Großstaat homogen sei. Dazu komme die Arbeitsteilung, wie zwischen Partei und Gewerkschaft. So entstehe eine Quelle neuer Ueberzeugung. Aber jetzt seien die Differenzen nicht mehr solche von Personen, sondern von Gruppen und Schichten, wodurch der Gegensatz zwischen Ueberzeugung und Disziplin neue Formen annehme. Nicht bloß gerate die persönliche Ueberzeugung in Konflikt mit der Disziplin, sondern die eine Disziplin mit der anderen. So nehme das Verhältnis zwischen persönlicher Ueberzeugung und Disziplin im Wandel der Zeiten die mannigfachsten Gestalten an, aber das Problem bleibe das gleiche: Formen zu finden, die ein Maximum von Geschlossenheit mit einem Maximum an Begeisterung produzieren.

Als Vorbedingung, um persönliche Ueberzeugung und Parteidisziplin miteinander zu versöhnen, erachtet Kautsky die vollste Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb des Parteiorganismus. Gewiß mit Recht, und gerade wir sind seit Jahrzehnten für das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei eingetreten und haben uns wiederholt mit größter Schärfe gegen die sogenannten Rebergerichte gegenüber abweichenden Meinungen ausgesprochen. Nur an der gemeinsamen Aktion der Partei muß diese Meinungsfreiheit ihre Grenze finden. Sonderorganisationen wie gegenseitige Bekämpfung in der Aktion sind parteierstörend, wie

eine weitere Arbeitskraft dafür einstellen solle. Die Konferenz stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann hielt der Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Genosse Schumann, ein informatorisches Referat über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, ausgehend von den im bayerischen Landtage stattgefundenen Erörterungen bezüglich des Reverses der Eisenbahnangestellten und -arbeiter, der die Zugehörigkeit zu gewissen gewerkschaftlichen Organisationen verbietet. Die Lösung der damit zusammenhängenden Fragen soll nach der Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten einer Konferenz der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Ebenfalls informatorisch war ein Vortrag des Leiters der Sozialpolitischen Abteilung, Genossen Kob. Schmidt, über die Gestaltung der künftigen Handelsverträge. An der Hand eines überreichen Materials legte der Redner die bisherigen vertraglichen und tatsächlichen Handelsbeziehungen Deutschlands mit anderen Staaten dar, schilderte die Einwirkungen der Kriegslage auf dieselben und deutete die Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriegsende ab. Er schloß im Hinblick auf die sich vorbereitenden neuen Mächtegruppierungen an. Eingehend würdigte er die Interessen der Gewerkschaften an dieser Entwicklung, sowohl als Konsumenten wie auch als Produzenten, und empfahl den Gewerkschaftsvorständen, diesen Fragen rechtzeitig ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit die Gewerkschaften bei der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen auch ihren Einfluß in die Waagschale der Entscheidung werfen können. In einer ausgedehnten Debatte wurde diese Frage sowohl vom allgemein gewerkschaftlichen Standpunkte als auch unter dem Gesichtspunkte der verschiedenen Berufsinteressen beleuchtet und eine Reihe von nützlichen Anregungen gegeben. Den Vorständen wurde nahegelegt, aus ihren Berufskreisen Materialien zu diesen Aufgaben zu sammeln und der Sozialpolitischen Abteilung zu übermitteln. Der Vortrag des Genossen Kob. Schmidt soll den Vorständen für den Kreis ihrer Organisationsleiter im Druck zur Verfügung gestellt werden.

Durch den Krieg ist zahlreichen Arbeitersekretariaten die finanzielle Grundlage erheblich beeinträchtigt worden, so daß die Generalkommission vielfach mit ihren Mitteln helfend eingreifen mußte. Da auch die Mittel der Generalkommission infolge der Verminderung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurückgehen müssen, so wurde die Frage erörtert, inwieweit die Gewerkschaften bereit seien, den Sekretariaten auch fernerhin diese Hilfe zu gewährleisten. So sehr die Notwendigkeit hierzu auch anerkannt wurde, so wurde doch allgemein dabei dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß Beitragserhöhungen zu vermeiden seien, und daß die Generalkommission sich bei solchen Unterstützungen der größten Sparsamkeit und strengsten Vorprüfung der Notwendigkeit von Unterstützungen sowie der Kontrolle über die Verwendung der gewährten Beihilfen befleißigen müsse.

Die Aufrechnung der gewerkschaftlichen Krankenunterstützung auf das Krankengeld seitens mancher Krankenkassen veranlaßte die Gewerkschaftsvorstände zu einer Stellungnahme gegenüber dieser vom Reichsversicherungsamt als zulässig erkannten Praxis. Der Konferenz wurde eine Anzahl von statutarischen Fassungen über die Gewährung von Krankenunterstützung unterbreitet, die ihren Zweck mehr oder weniger erfüllen, und ihnen anheim-

gegeben, bei künftigen Satzungsänderungen eine dieser Fassungen zu berücksichtigen.

Im weiteren wurde der Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Uebertritte von Mitgliedern nicht zugelassen und Ueberbeschreibungen nicht vorgenommen werden sollen, durch die Annahme folgender Sätze erweitert:

„Mitglieder, die in einem für ihren Verband nicht zuständigen Betriebe arbeiten wollen, sind verpflichtet, sich vor Annahme einer Arbeitsstelle über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen und die zur Hebung dieser getroffenen Maßnahmen zu beherzigen.“

Die für den Betrieb zuständige Organisation soll die betriebsfremden Arbeiter zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihrem Verband gegenüber anhalten.

Der Beschluß vom 17. August 1914 betreffend die Uebertritte wird aufrechterhalten.

Eine Abweichung von diesem Beschlusse hat eine Verjährung unter den in Betracht kommenden Verbandsvorständen zur Voraussetzung. Diese werden zur sachlichen Prüfung der für den Uebertritt maßgebenden Gründe verpflichtet.“

Eine Aussprache über die Möglichkeit der Fortdauer der Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen über den Krieg hinaus ergab das allseitige Einverständnis, in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie dies während des Krieges geschehen, auch nach dem Kriege mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, soweit eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

Schließlich wurden noch eine Reihe von Einzelfragen, wie der Vertrieb der von der Generalkommission aus Anlaß ihres fünfundsanzigjährigen Jubiläums herausgegebenen Erinnerungsschrift durch die Gewerkschaften, die Wiedereinstellung kriegsbeschädigter Gewerkschaftsangehöriger und die Kriegstatistik der Gewerkschaften erledigt.

## Genossenschaftliches.

### Das Nachtarbeitsverbot der Bäcker und die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“.

Auf Veranlassung und unter Anteilnahme der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat zwischen Vertretern des Centralverbandes deutscher Konsumvereine und des Centralverbandes der Bäcker und Konditoren eine Aussprache wegen der in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und der „Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ geführten Polemik, betreffend Stellungnahme des Vertreters des Centralverbandes deutscher Konsumvereine zum Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien (vergl. „Corr.“ Bl. Nr. 42), stattgefunden.

Die Aussprache ergab, daß sachliche Differenzen kaum bestehen und daß deshalb keine Veranlassung zur Fortsetzung der Polemik vorliegt. Ueber die hohe sozial-politische Bedeutung des Verbots der Nachtarbeit bestand keine Meinungsverschiedenheit.

## Mitteilungen.

### Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 49 des „Corr.-Bl.“ wird die statistische Beilage Nr. 5, enthaltend: „Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914“ beigegeben. Diese Nummer umfaßt 32 Seiten.

Interesse der Gewerkschaften und gibt den letzteren somit das Recht, hierüber eine gemeinsame Verständigung der Centralkörperschaften beider Organisationen zu verlangen.

Bei den Kautskyschen Ausführungen vermissen wir zunächst den Nachweis, daß es der Minderheit tatsächlich während des Krieges unmöglich gemacht sei, ihre Meinung vor den Genossen zum Ausdruck zu bringen. Die Minderheit der Fraktion hat das Centralorgan und das wissenschaftliche Organ der Partei sowie eine Reihe von Parteiorganen in ihren Händen. In den parteigenösslichen Vereinen und Zahlabenden hat sie nahezu unbeschränkt ihren Standpunkt vertreten können. Auch in der Presse kommt ihre abweichende Meinung deutlich zum Ausdruck. Wenn das nicht mit solchen Gründen geschehen kann, wie vielleicht manche, die für Ablehnung der Kriegskredite eintreten, wünschen, so ist doch auch die Mehrheit in ihrer Meinungsäußerung ebensowenig unbeschränkt. Man muß auf beiden Seiten mit den durch den Krieg auferlegten Schranken der Auseinandersetzung rechnen. Das geht uns in wirtschaftlichen Kämpfen tagtäglich so, ohne daß es angebracht wäre, darüber blutige Tränen zu vergießen. Auch dient die Reichstagstribüne der Mehrheit lediglich zur Darlegung ihrer Beschlüsse und zur Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges, nicht aber zu Polemiken gegen die Minderheit; um so weniger kann der Minderheit das Recht eingeräumt werden, ihren Gegensatz gerade auf der Reichstagstribüne auszutragen. Das würde nicht zur Rettung der Parteieinheit, sondern zur Parteizersplitterung führen. Was Kautsky als einziges Mittel vorschlägt, der auseinanderstrebenden Elemente Herr zu werden, das ist im Gegenteil eine Doktor-Eisenbart-Kur, die direkt zur Spaltung führt.

In dieser Konsequenz gewinnen Kautskys langatmige Untersuchungen über die Entstehung neuer Parteien aus alten, über die Rechte des Individuums und der freien Ueberzeugung, über die zur Bildung junger Parteien notwendige „überwältigende Persönlichkeit“ und über mehr Begeisterung als politischer Reife der Anhänger eine etwas eigenartige Bedeutung. Man mag sich damit abfinden, in solchen Ausführungen die unverdaulichen Ueberbleibsel eines geistigen Verdauungsprozesses zu erblicken und sich höchstens erstaunt fragen, ob gerade Kautsky berufen ist, über Unterbindung der geistigen Meinungsfreiheit zu klagen. Daß aber das wissenschaftliche Organ der Partei mit dem Gedanken der Parteizersplitterung so gleichsam spielen kann, zeigt uns auch, wie gering die Stütze ist, die die Parteieinheit in ihrem angesehensten Organ besitzt.

Und schon hat es mit dem bloßen Spielen des Spaltungsgedankens sein Bewenden nicht mehr. In Nr. 271 der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht Ernst Meher einen „Aufgaben des Tages“ bezeichneten Artikel, der eine möglichst große Zahl derjenigen, die mit der Fraktionsmehrheit nicht übereinstimmen, auffordert, sich auf ein gemeinsames selbständiges Vorgehen zu einigen. Wer ist nun eigentlich jener Ernst Meher? Es ist ein junger Genosse von 28 Jahren in Berlin, der vor einigen Jahren in die Redaktion des „Vorwärts“ berufen wurde und der sich nunmehr für ausersehen hält, die Fackel in das Parteigebäude zu schleudern. Augenscheinlich hat man diesen jungen Mann, der nicht einmal Parlamentarier ist, dazu erkoren, die Verantwortung für das an die Minderheit der Reichstagsfraktion

gerichtete Pronunziamento zu übernehmen, und das Leipziger Blatt, das auch „Das Gebot der Stunde“ im Juni zum Vorschein brachte, mußte seine Spalten zur Verfügung stellen, während der „Vorwärts“ sich seinem eigenen Redakteur gegenüber verschloß.

Nedenfalls handelt es sich auch hierbei um ein mißglücktes Manöver einer über ihr Vorgehen uneinigen Gruppe von Genossen, die der Welt durchaus das Schauspiel einer zersplitterten Partei bereiten wollen. Aber wenn dieses Vorgehen auch mißglückt ist, so zeigt es doch, weissen sich die Partei von jener Seite her zu versehen hat.

Angeichts solcher Zuspitzung der Gegensätze ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die Gewerkschaften jeder Zersplitterung der Arbeiterbewegung den tatkräftigsten Widerstand entgegenzusetzen werden. Die Einheit der Arbeiterbewegung ist ein kostbares Gut, das in langen Kämpfen errungen worden ist und dessen Erhaltung auch für die Gewerkschaften ein Lebensinteresse ist. Mag man in Kreisen gewisser Politiker und Literaten geringschätzig über die Parteieinheit denken, — die Gewerkschaften wissen, daß sie in derselben ihre eigene Einheit zu schützen haben und sie werden sie zu schützen wissen. Sie handeln nach dem Grundsatz: Tua res agitur!

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Erhöhung der städtischen Arbeitslosenunterstützung in Dresden.

Nach Ausbruch des Krieges übernahm die Kriegsorganisation der Dresdener Vereine (Gruppe III) die Unterstützung der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Personen. Die Mittel hierfür wurden nach kurzer Zeit von der Stadtklasse übernommen, so daß schlechthin von städtischer Unterstützung gesprochen werden kann.

Die Berufsvereine, Gewerkschaften usw. zahlen in den Fällen, wo sie selbst Unterstützung an die Arbeitslosen gewähren, die Beträge der Stadt mit aus. Auch an die in der Gewerkschaft ausgesteuerten Mitglieder, das sind solche, die statutarisch Anspruch nicht mehr haben, wird dann die volle städtische Unterstützung von der Gewerkschaft gezahlt. In solchen Fällen werden Bedürftigkeit und die sonstigen Verhältnisse des Empfängers nachgeprüft und eventuelle Einwendungen der betreffenden Gewerkschaft mitgeteilt.

Infolge der starken Verteuerung der Lebenshaltung wurde die Notwendigkeit einer Erhöhung allseitig anerkannt, und es werden die Unterstützungen mit einer durchschnittlichen Erhöhung von 30 Proz. vom 1. November ab nach folgenden Grundsätzen gezahlt (Ziff. 6 und 7 der Bestimmungen):

6. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Bedürftigkeit. Sie soll in der Regel nicht mehr als:
  - a) 1,25 M. für verheiratete männliche Personen,
  - b) —,90 M. für unverheiratete männliche Personen,
  - c) —,75 M. für weibliche Personen, die für sich selbst zu sorgen haben,

für den Werktag betragen.  
Personen, die für sonst unversorgte Kinder zu sorgen haben, erhalten für jedes Kind 30 Pf. Zuschlag.

Bei Bemessung der Unterstützung ist besonders die Familienstärke und der Gesundheitszustand und der Arbeitsverdienst der übrigen Familienmitglieder mit zu berücksichtigen. Ein Teil der Unterstützung kann nach Beschluß des Ausschusses in Gegenständen (Essen, Kohlen, Brot, Milch, Kartoffeln und dergl.) gewährt werden.

7. Für die Angehörigen von Berufsvereinen mit Arbeitslosenunterstützungen wird b. a. w. und mit dem Vorbehalte lebereidiger Nachprüfung folgendes bestimmt:

auch der Lübecker Parteitagbeschlus (Antrag Bernstein) hervorhebt.

Aber Kautsky findet, daß während des Krieges gerade für die Minderheit in der Partei die Meinungsäußerung sehr beengt sei. In einem weiteren Artikel in Nr. 6 rückt er dann mit dem Geständnis heraus, daß es sich für ihn bei dieser Beengung der Meinungsfreiheit der Minderheit um die — freie Meinungsäußerung im Reichstage handele. Er läßt zwar für gewöhnliche Zeiten gelten, daß die Vertretungskörperschaften in Reich, Staat und Gemeinde zu den Stellen gerechnet wurden, in denen die Partei nur geschlossen auftreten sollte und die nicht der Erörterung von Meinungsverschiedenheiten dienen sollten. Zwar habe das in der Vergangenheit auch nicht so unbedingt gegolten, meint er, und kramt zu diesem Zwecke alle möglichen alten Parteitagdiskussionen aus den Protokollen von 1877 und 1880 aus. Doch erkennt er immerhin an, daß die Einheitlichkeit der Reden und Abstimmungen unserer Abgeordneten ein festgewurzelt Gewohnheitsrecht geworden sei, das keiner Bestätigung bedürfe, da es in dem Bedürfnis wurzele, den Gegnern in geschlossener Front entgegenzutreten. Freilich sei auch dieses Gewohnheitsrecht kein absolutes; soweit ginge das Recht der Fraktion nicht, ein Mitglied zu zwingen, gegen seine Ueberzeugung zu sprechen oder zu stimmen. Auch habe das Herkommen bestanden, für die Verhandlung wichtiger Vorlagen im Plenum einen Redner vom rechten und einen vom linken Flügel zu bestimmen, so daß die Minderheit keineswegs völlig mundtot war. Mehr durfte sie nicht verlangen, solange sie die Möglichkeit hatte, ihren Standpunkt an anderer Stelle, direkt vor den Parteigenossen zur Geltung zu bringen.

Der Krieg habe aber der Minderheit die Möglichkeit genommen, ihre Ueberzeugung in voller Freiheit zum Austrag zu bringen, während die heutige Fraktionsmehrheit in der angenehmen Lage sei, ihre Auffassung und ihre Kritik der Minderheit ausgiebigste in vollster Oeffentlichkeit darzulegen. Es gebe nur eine Stelle, in der man öffentlich frei von der Leber weg reden könne, — den Reichstag. Die Fraktionsdisziplin unterbinde diese Möglichkeit und damit die Freiheit der Meinungsäußerung. Dieser Zustand habe bereits mehrfach zur Durchbrechung der Friedenspraxis der Partei geführt: Liebknecht und Kühle hätten gegen die Fraktion gestimmt, und ein Teil der Fraktion habe sich der Abstimmung enthalten, was einen demonstrativen Charakter annahm. Die Fraktionsmehrheit habe nicht einmal formalistisch das Recht, gegen solche Disziplinbrüche einzuschreiten. Wichtiger als die formalistische sei indes die sachliche Seite der Frage. So übel ein getrenntes Vorgehen von Mehrheit und Minderheit sei, so sei doch der Zustand, dem es abhelfen soll (also das angebliche Dilemma der Minderheit), das größere Uebel. Nicht das Aussprechen, sondern das Bestehen des Gegensatzes gefährde die Einheit der Partei. Das Aussprechen werde durch das Bewußtsein, Kritik zu finden, gedrängt, Maß zu halten. Um der Parteeinheit willen plädiert Kautsky für eine offene Aussprache der Gegensätze — auf der Tribüne des Reichstags!

Das war also der Zweck der Uebung, der langatmigen theoretischen Untersuchungen gewesen, die wir in einiger Kürze wiedergeben, — zu beweisen, daß die freie Ueberzeugung über der Parteidisziplin, die Minderheit über der Mehrheit steht, daß die freie Meinungsäußerung der Minderheit selbst vor der Tribüne des Reichstags nicht

halt zu machen hat, die Aktion also sich der Austragung von Meinungsverschiedenheiten zu unterordnen hat. Wir müssen schon gestehen, daß es uns erstaunlich erscheint, soviel theoretischen Scharfsinn aufgewendet zu sehen, um zu einem solchen absurden Schlusse zu kommen. Ist die Theorie wirklich bloß dazu da, alles, was man gerade braucht, haarscharf zu beweisen, dann hat Kautsky seinen Befähigungsnachweis als Theoretiker erbracht, — nur nicht als Theoretiker der Sozialdemokratie, die bisher gewöhnt war, die Parteidisziplin erst zu nehmen und die Parteeinheit auf wirklichen demokratischen Grundsätzen aufzubauen. Ohne Disziplin, ohne Einheitlichkeit in der Vertretung nach außen hin, also in der Aktion, geht die Sozialdemokratie zugrunde, und nicht bloß die Partei, sondern die Kautskysche Theorie würde in ungleich gefährlicherer Weise auf die Gewerkschaftsbewegung zurückwirken, die in noch weit höherem Maße bei ihren Aktionen der unbedingten Disziplin aller Mitglieder bedarf.

Wohin würden die Gewerkschaften kommen, wenn es einer Minderheit gestattet sein könnte, ihre „freie Ueberzeugung“ durchaus, wenn auch nur während des Krieges, in der Aktion zu betätigen, weil sie sich angeblich beengt fühle, es in Wort oder Schrift in der üblichen Auseinandersetzung zu tun? Durch solche Betätigung würde die Einheit nicht gerettet, sondern zugrunde gerichtet. Die freie Ueberzeugung des einzelnen in allen Ehren, auch die kleinerer oder größerer Gruppen, — in der Organisation aber müssen die Gesetze der Mehrheit befolgt werden und in der Aktion zum Ausdruck kommen, da muß der einzelne sich unterordnen und die Beschlüsse der Organisation ausführen helfen, wenn es auch nicht immer nach seiner persönlichen Meinung ging. Die Hervordrängung des Rechts auf die freie Ueberzeugung wirkt da wie eine Vergötterung des eigenen lieben Ich, — sie wirkt zerstörend und führt zu anarchistischen Zuständen. Der Lübecker Parteitag 1901 beschloß, daß der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen und strenge Disziplin in der Aktion, sowie die Respektierung der Mehrheitsbeschlüsse durch die Minderheit gemäß den Grundfragen der Demokratie verlange. Die örtlichen Parteiorganisationen seien berechtigt, solche Mitglieder auszuschließen, die der Aktion der Partei oder ihrer Versorgungsorganisation durch Taten entgegenwirken oder Sonderbündelei zur Führung ihrer Gegenaktion betreiben. Das ist geltendes Parteidisziplinrecht, und es muß im höchsten Grade befremdend wirken, daß das wissenschaftliche Organ der Partei unter großem theoretischen Aufgebot den Beweis zu führen sucht, wie notwendig und berechtigt es sei, sich über Parteitagbeschlüsse hinwegzusetzen. Jener Parteitagbeschlus war auch zugleich im Interesse der Gewerkschaften gefaßt, und auf Grund des Lübecker Beschlusses wurde später auch der Totalisten- bzw. Anarchosyndikalistenstreit erledigt. Die Reaktion jenes Beschlusses berührt daher auch die Gewerkschaften, ganz abgesehen davon, daß diese ein Lebensinteresse an der Erhaltung der Einheit der Partei haben und daß ihnen die Mannheimer Resolution ein wichtiges Einflußrecht bei allen Fragen, die ein gemeinsames Interesse von Partei und Gewerkschaften berühren, zugesichert hat. Die Haltung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung mitten im Kriege berührt aber nicht minder das Lebens-

## Statistik und Volkswirtschaft.

### Die Rohstoffversorgung der Industrie.

Als bald nach dem Ausbruche des Weltkrieges zeigte sich, daß die Rohstoffversorgung der Industrie auf Schwierigkeiten stoßen werde, die man in diesem Grade doch nicht vorhergesehen hatte, teils weil man mit einer kürzeren Dauer des Krieges rechnete, teils weil man auf die neutralen Länder Hoffnungen setzte, die sich nicht erfüllten. Die Versorgung der Industrie mit Rohmaterialien gestaltete sich aber infolge der Anpassung an die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse günstiger, als man anfänglich erwartet haben mochte. In der Hauptsache müßte man sich auf die Bestände und Erzeugungsmöglichkeiten des eigenen Wirtschaftsgebietes, wozu dann noch Belgien und die besetzten Departements Nordfrankreichs kamen. Immerhin hat die Erfahrung des Krieges gelehrt, der Frage überhaupt ein größeres Augenmerk zuzuwenden; und dies auch vom Standpunkte der Arbeiterschaft. Die Sicherung der Rohstoffversorgung wird auch nach dem Kriege von Wichtigkeit sein, weil er ja zum guten Teile darum geführt wird und weil auch in Zukunft diejenigen Industriestaaten, welche eine Absperrung zur See nicht zu fürchten haben, diesen ihren Vorteil gegebenenfalls wieder ausnutzen werden. Eine in der jüngsten Zeit gemachte Anregung der Vorratsanhäufung kommt praktisch nicht voll in Betracht, denn auch bei stärkster Bevorrätigung werden Staaten wie Großbritannien oder Nordamerika den Centralmächten in dieser Beziehung überlegen bleiben. Die Sache verdient also unter allen Umständen ein gewisses Interesse, und zwar wie gesagt auch von Seiten der Arbeiter.

In dieser Beziehung sei auf einen in der Zeitschrift für Weltwirtschaft und Weltverkehr, dem Organ der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, erschienenen Aufsatz von Dr. Schilder hingewiesen, der zu folgenden Ergebnissen kommt: Vor allem sind wirtschaftspolitische Einrichtungen, wie z. B. die bekannten Einkaufsscheine, welche die Ausfuhr großer Mengen Roggen erleichterten, zu beschleunigen, weil sie das heimische Konsumgebiet von wichtigen Nahrungsmitteln entblößen helfen. Rohstofflager und -Industrien, die im Inlande sich befinden — so die Eisenindustrie Westfalens, die Erdölgebiete Galiziens — sind schon in Friedenszeiten in stetig zu schützen. Um jedoch die ausländischen Rohstoffe in größeren Quantitäten von vornweg sicherzustellen, wären Großmärkte im Inlande einzurichten. Bisher befanden sich die größten und zahlreichsten Welthandelsmärkte für wichtige Welt handelsartikel im Ausland: London und Liverpool, Marseille, Bordeaux, Havre und Lyon, New-York, Chicago und New-Orleans. Nur in wenigen Orten haben deutsche und österreichische Plätze es zu internationaler Bedeutung gebracht (Hamburg, Bremen, Berlin, Triest). Die Erweiterung dieser Rohstoffmärkte würde eine stärkere Ansammlung von Vorräten an Roh- und Hilfsstoffen sowie Kolonialwaren zur Folge haben und eine längere Versorgung des Inlandskonsums auch nach Kriegsausbruch ermöglichen. Regierungen und Banken hätten da fördernd einzugreifen und könnten dabei sogar noch ein Geschäft machen. Abgesehen davon würde ein Teil der Verdienstmöglichkeiten, über die heute England verfügt, diesem entzogen und der heimischen Volkswirtschaft zugeführt. Wenn schon nicht Oesterreich-Ungarn, aber Deutschland hätte die Möglichkeit hierzu und würde dabei von ersterem unterstützt werden,

weil das Interesse, die inländische Volkswirtschaft vom Auslande unabhängig zu machen, ein beiderseitiges ist. Selbstverständlich dürfte die Besehung der gelagerten Vorräte von überseeischen Gütern nicht etwa zu spekulativen Preissteigerungen mißbraucht werden, wie etwa die Kaffee-Valorisation durch Brasilien. Damit hätte die Kapitalbeteiligung an Plantagen und Bergwerken in Ueberseegebieten Hand in Hand zu gehen, wobei natürlich auch auf die Sicherung dieser Kapitalien entsprechend zu achten wäre. Selbstverständlich müßten die so gewonnenen Materialien in der heimischen Produktion zur Verarbeitung gelangen und nicht etwa anderwärts verfrachtet werden.

Wirksamer aber als alle diese Maßnahmen zur Vergrößerung der Warenvorräte sind solche, die eine bessere Verteilung der vorhandenen Mengen überhaupt bezwecken. Das gilt insbesondere hinsichtlich derjenigen Rohstoffe, die der Ernährung von Mensch und Vieh dienen und auch industriell verwertet werden können. Naturgemäß handelt es sich hierbei um die wichtigsten und notwendigsten Rohstoffe, um Erzeugnisse der Landwirtschaft. Die Vermehrung dieser Produkte kann nur durch eine zweckentsprechende, die Interessen der Gesamtheit berücksichtigende Agrarpolitik bewerkstelligt werden. Als Mittel zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kommen in Betracht: Verbesserung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, innere Kolonisation, Regelung der Arbeiterfrage, Ausnutzung brachliegender Bodenflächen, Sicherung des Weideweges, genossenschaftliche Organisation der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe. Aber auch dann wird die Einfuhr von Agrarprodukten aus dem Auslande nicht zu entbehren sein, weshalb die Aufhebung der Getreidezölle gleichfalls mit in Frage kommt. Keinesfalls darf sich die Agrarpolitik ausschließlich auf sie stützen und der Schutz der Landwirtschaft dazu führen, daß darunter die Interessen der Allgemeinheit leiden. Wenn die Möglichkeit des wirtschaftlichen Durchhaltens im gegenwärtigen Kriege als ein Triumph der agrarischen Schutzpolitik hingestellt wird, so ist dies eine Entstellung der Tatsachen. Nicht wegen, sondern trotz der Hochzölle hat die landwirtschaftliche Produktion Erträge geliefert, die das Durchhalten ermöglichen. Die Möglichkeit ist durch andere Maßnahmen geschaffen worden. In Zukunft ist die Rentabilität der Landwirtschaft auf eine breitere und festere Grundlage zu stellen, als sie die Hochschutzzollpolitik bietet, und wird so manche Einrichtung, die der Kriegszustand ins Leben gerufen, wenn auch unter Anpassung an die besonderen Erfordernisse der normalen Zeit, in den Friedensstand hinübergenommen werden müssen, um eine befriedigende Deckung des Bedarfs zu sichern.

Das gilt nicht bloß von den Lebens- und Futtermitteln (Getreide und Feldfrüchten überhaupt), sondern auch von den Rohmaterialien, die die Industrie braucht. Soweit der Bergbau sie zu beschaffen hat, wird eine Steigerung der Produktion durch Zwang zur Bearbeitung bisher unbemühter Schürfläachen u. a. anzustreben sein. In Oesterreich-Ungarn noch mehr als in Deutschland, wo die Ausnutzung der Bodenschätze eine intensivere ist. Im allgemeinen wird die Erforschung neuer Bezugsquellen für Rohmaterialien künftig Gegenstand einer planmäßigen Vorjorge sein müssen. Ob der für militärische und Düngzwecke benötigte chilenische Salpeter durch elektrochemische Gewinnung des in der Luft vorhandenen Stickstoffes dauernd ersetzt werden kann und demgemäß das Stickstoffmonopol beizubehalten

Verheirateten männlichen Angestellten und Arbeitern, die einem Berufsvereine mit Arbeitslosenunterstützung angehören und von ihm unterstützt werden, wird ein Zuschlag von 60 Pf., männlichen Ledigen und Frauen ein Zuschlag von 30 Pf. für den Arbeitstag gewährt.

Wird durch die Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins und den Zuschlag noch nicht ein Betrag erreicht, der bei verheirateten Männern um 4 Mk., bei männlichen Ledigen und Frauen um 2 Mk. wöchentlich höher ist als die Summen, die die betreffende Person bei alleiniger Unterstützung durch Gruppe III nach diesen Grundsätzen regelmäßig in der Woche erhalten würde, so ist der Fehlbetrag auf Kosten der Gruppe III zu zahlen.

Die im vorstehenden festgesetzten Zuschläge werden nur auf solange gewährt, als die Berufsvereine die Arbeitslosenunterstützung in derselben Höhe weiterzahlen, wie am 3. September 1914.

### Auswanderungsverbot für holländische Metallarbeiter.

In der „Toekomst“, einer Wochenschrift, die von einigen niederländischen Intellektuellen gegründet worden ist, um der starken deutschfeindlichen Strömung im Lande entgegenzuwirken, war (in der Nummer vom 9. Oktober) darauf aufmerksam gemacht worden, daß angeblich seit geraumer Zeit holländische Arbeiter in größerer Zahl nach England auswanderten, um in dortigen Munitionsfabriken zu arbeiten. Weil es sich bei diesen Arbeitern meist um landwehrpflichtige Leute handeln sollte, die trotzdem Erlaubnis zum Auswandern bekommen haben müßten, während holländische Arbeiter, die in Deutschland in friedlicher Beschäftigung sich befanden, längst zur Erfüllung ihrer Militärpflicht einberufen worden seien, hielt die „Toekomst“ eine gröbliche Verletzung der Neutralität für vorliegend. In der nächstfolgenden Nummer (16. Oktober) berichtete das Organ, daß ihr vom Oberbefehlshaber der niederländischen Land- und Seemacht die Mitteilung geworden, daß „nach seiner Auffassung keine Rede davon sein könne, daß niederländische Landwehr- und Landsturmpflichtige Freistellung vom Dienst erlangen würden, wenn sie jetzt nach England auswandern wollten“. — Die „Toekomst“ fügte dem hinzu, daß sie darauf die Tatsachen, auf die sie ihre Angaben gründete, dem Oberbefehlshaber übergeben habe. Die Sache war indes anscheinend von der Öffentlichkeit nicht weiter beachtet worden. Inzwischen war durch die Tagespresse eine Notiz gegangen, daß die Regierung im Interesse des Landes bestimmt habe, daß Arbeiter sowie Ingenieure, die für die Anfertigung von Munition, Schiffbau und Werkzeugfabrikation in Betracht kommen, ohne Erlaubnis des Kriegsministers nicht mehr das Land verlassen dürfen.

Merkwürdigerweise fand diese Meldung in der Presse keine Beachtung. Wahrscheinlich betrachtete man eben die Maßnahme als im Interesse des Landes liegend. Als aber Ende der verfloffenen Woche die Meldung aus Bissingen kam, daß dort mehrere Metallarbeiter, die im Begriff waren, nach England abzufahren, daran durch die Militärbehörde gehindert worden seien, schlugen einige Blätter Lärm. Der „Telegraaf“ und das „Tageblatt für Süd-Holland“ erblickten darin sogar einen weiteren Beweis für die in den letzten Tagen aus anderen Gründen aufgestellte Behauptung von einem geheimen Einvernehmen zwischen Holland und Deutschland. Erstgenanntes Blatt betonte besonders scharf, daß die Regierung nichts dagegen einzuwenden gehabt hätte, solange holländische Metallarbeiter — teils durch verführerische Zeitungsnotizen — nach Deutschland gelockt worden seien. Als Beweis würde eine Notiz aus dem „Neuen Rotterdamschen Courant“ zitiert, in der gesagt war, daß die Leute

in Berliner Fabriken für Kriegsbedarf bis zu 75 Mk. die Woche verdienten, während für Logis und Kost etwa 20 Mk. aufzubringen seien.

Am Montag, den 18. Oktober, erschien im „Het Volk“, dem einzigen Tageblatt, über das die niederländische Sozialdemokratie verfügt, ein Bericht des sozialdemokratischen Kammermitglieds Spiekman aus Rotterdam. Darin war gesagt, daß zwei von den angehaltenen Arbeitern am Mittwoch, den 13. Oktober, seine Hilfe in Anspruch genommen hätten. Obwohl die 13 Arbeiter sämtlich ihre Papiere und Pässe in Ordnung gehabt, seien sie nach ihrer Darstellung an jenem Morgen mit militärischer Gewalt vom Schiffe heruntergeholt worden.

Auf telephonische Anfrage beim Kriegsminister hat Spiekman die Richtigkeit der Tatsache bestätigt erhalten und in Verfolg seiner lebhaften Vorstellungen abends Bescheid bekommen, daß der Kriegsminister die Abreise der 13 Arbeiter gestatte. Spiekman hat jedoch, wie er weiter berichtete, sofort in einem Briefe dem Kriegsminister erwidert, daß die Sache damit nicht erledigt sei. Andere Arbeiter hätten die gleiche Absicht. Die Behinderung, das Land zu verlassen, sei eine willkürliche Verletzung der Versammlungsrechte des Landes, gegen die er energisch protestiere.

Gleichzeitig hatte der Hauptvorstand des Allgemeinen Niederländischen Metallarbeiterverbandes sich mit der Angelegenheit befaßt. Dieser vermutet, wie aus einem inzwischen verbreiteten Aufruf an die Mitglieder hervorgeht, hinter der Maßnahme der Regierung lediglich einen Trick der holländischen Metallindustriellen, die fürchten, bei Abhalten der Auswanderung höhere Löhne zahlen zu müssen. Die den Unternehmern stets gefügige Regierung, so wird unter anderem behauptet, schütze Landesverteidigungsinteressen nur vor. Wenn sie die Verfügung nicht zurücknehme, müßte sie dafür sorgen, daß die Löhne im Lande so erhöht würden, sodaß der Anlaß zur Auswanderung aufhöre. Geschehe das nicht, so werde der Verband Maßnahmen treffen, die die Erreichung dieses Zieles auf anderem Wege verbürgen. Der Aufruf schließt mit einem Appell an die Metallarbeiter, die Organisation derart zu stärken, daß man so vorgehen könne, wie dies in England während des Krieges schon zweimal möglich gewesen.

Auch die syndikalistisch organisierten Metallarbeiter haben ein Flugblatt in ähnlichem Sinne herausgegeben. Der Vorstand der „Niederl. Komm. Metallarbeiterverbandes“ hat, wie der „Limburger Kurier“ mitteilt, Schritte unternommen, um „eine allseitig befriedigende Lösung“ zu ermöglichen.

In einer Besprechung, die der Abgeordnete Spiekman nebst zwei Mitgliedern vom Hauptvorstand des Allgemeinen Niederländischen Metallarbeiterverbandes am Dienstag mit dem Kriegsminister gehabt, hat Spiekman seine Ansicht wiederholt, während die Verbandsvertreter sich im Sinne des erwähnten Aufrufs an ihre Mitglieder geäußert haben.

Nach einem Bericht des „Volk“ hat der Minister erklärt, daß die Maßregel tatsächlich durch die Landesinteressen bedingt worden sei. Die gefällige Befugnis habe er selbstverständlich. Soweit als möglich würde jedoch den Arbeitern, die sich bereits nach England verpflichtet hätten, die Abreise gestattet werden. Das Mitwirken der Regierung für die Erhöhung der Löhne in der einheimischen Industrie werde erwogen. Bestimmte Besprechungen könne er aber noch nicht machen. Man wird abwarten müssen, wie die Sache weiter verläuft.

1914/15 entnehmen wir dem „Proletarier“ folgende Angaben: Am 1. Juli verfügte die Verbandskasse über einen Vermögensbestand von 3 786 074 Mk. In den vier Quartalen bis 1. Juli 1915 vereinbarte der Verband 2 921 095 Mk. Gegenüber dem Jahre 1913 ist das ein Rückgang von rund 1 1/2 Millionen Mark. Der Rückgang ist sogar noch etwas größer, weil unter den Einnahmen sich etwa 300 000 Mark Ueberweisungen aus den Zahlstellen befinden, die eine eigentliche Einnahme nicht darstellen. Die Ausgabe ist nicht im gleichen Maße zurückgegangen. Für Unterstützungen wurden im Kriegsjahre verausgabt:

Bierteiljahr	Erwerbslosenunterstützung Mk.	Streifunterstützung Mk.	Notlage- und Kriegsunterstützung Mk.	Sonstige Unter- stützung Mk.
3. 1914 . . .	726 762,01	108 278,18	194 423,59	38 032,84
4. 1914 . . .	400 846,26	96,80	253 441,90	30 820,52
1. 1915 . . .	254 915,88	19 752,41	2 872,45	36 192,79
2. 1915 . . .	184 467,68	24,08	6 031,37	31 919,16
In 4 Quartalen	1 566 981,81	128 151,47	396 769,31	136 965,31
Summe 2 228 867,90 Mk.				

Die Erwerbslosenunterstützung erforderte rund 260 000 Mk. mehr als im Jahre 1913, obgleich die Unterstützung in Krankheitsfällen kurz nach Kriegsausbruch aufgehoben wurde und erst am 1. März 1915 wieder zur Einführung gelangte. Der verausgabte Betrag entfällt also zum überwiegenden Teile auf die Arbeitslosenunterstützung. Wie sich das Verhältnis der Ausgaben gegenüber dem Jahre 1913 gestaltet, ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

**Auf je 100 Mk. Einnahmen entfielen:**

	Ausgabe für Unter- stützun- gen Mk.	Anteile der Zahl- stellen Mk.	Sonstige Ausgaben (Agitation, Verwal- tung usw.) Mk.	Aus- gaben in- gesamt Mk.
Im Jahre 1913 . .	55,46	16,85	12,04	84,35
Vom 1. Juli 1914 bis 31. Juni 1915	76,30	15,10	16,77	108,17

Im Jahre 1913 konnten von je 100 Mk. Einnahme 15,65 Mk., insgesamt 709 544,61 Mk. dem Vermögen des Verbandes überwiesen werden; in dem Kriegsjahre 1914/15 mußten zu je 100 Mk. Einnahme 8,17 Mk., insgesamt 237 838,73 Mk. aus dem Vermögen zugelegt werden. Der Kassenbestand, der am 1. Juli 1914, also vier Wochen vor Kriegsausbruch, 3 786 073,64 Mk. betrug, verringerte sich auf 3 548 234,91 Mk. am 1. Juli d. J. Während 1913 von je 100 Mk. Einnahme nur etwas mehr als die Hälfte als Unterstützung aus der Hauptkasse — daneben laufen noch die Unterstützungen aus lokalen Mitteln — zurückgezahlt wurde, waren es im Kriegsjahr mehr als drei Viertel. Auf jedes Mitglied entfiel 1913 ein durchschnittlicher Unterstützungsbetrag von 11,97 Mk., in dem Kriegsjahre 1914/15 ein solcher von 15,70 Mk.

Der Vorstand des Fleischerverbandes richtet an die Verbandsmitglieder einen Aufruf, durch freiwillige Sammlungen eine Weihnachtsunterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer zu ermöglichen.

In dem Gemeindearbeiterverbande waren am 31. Oktober 27 349 Mitglieder vorhanden. Der Mitgliederverlust gegenüber dem 2. Quartal des

vorigen Jahres belief sich auf 2657. Seit dem 30. Juni, wo der Verlust 3345 betrug, ist also eine Besserung eingetreten.

Der Verband der Gutmacher hatte am 13. November 5813 Mitglieder in Arbeit, 1933 waren arbeitslos.

Vorstand und Ausschuß des Kürschnerverbandes beschloßen, zur Weihnachtsunterstützung der Kriegsfamilien 10 000 Mk. aus der Hauptkasse bereitzustellen. Die Zweigvereine werden zugleich aufgefordert, durch Vornahme freiwilliger Sammlungen weitere Mittel zum gleichen Zwecke zu beschaffen.

Der Malerverband hatte in der letzten Woche des Oktober 3,4 Proz. arbeitslose Mitglieder. Berichtet hatten 114 Filialen mit 10 247 Mitgliedern.

Im Metallarbeiterverbande waren am 6. November 2319 Mitglieder oder 1 Proz. arbeitslos.

Vorstand und Ausschuß des Schiffszimmererverbandes haben beschloßen, den Familien der Kriegsteilnehmer eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren. Es sollen 7 Mk. für die Frau und 2 Mk. für jedes schulpflichtige Kind gezahlt werden. Um das zu ermöglichen, werden die örtlichen Verwaltungen zu Sammlungen unter den Mitgliedern aufgefordert. Auch können sie örtliche Zuschüsse leisten.

Der Ausschußvorsitzende des Tabakarbeiterverbandes, Genosse Emil Eilken, ist am 18. November in Altona gestorben. Der Verstorbene gehörte bereits seit früher Jugend der gewerkschaftlichen Organisation seines Berufes an und hat auch in der Partei eine eifrige, uneigennütige Arbeit geleistet.

Von den Mitgliedern des Zimmererverbandes standen am 13. November 19 597 in Arbeit, 270 waren arbeitslos und 402 krank.

**Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrkohlenrevier.**

Im letzten Vierteljahr haben im rheinisch-westfälischen Bergwerksgebiet die Wahlen der Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder stattgefunden. Die Obliegenheit der Sicherheitsmänner besteht bekanntlich in der „Befahrung“ der Grubenbetriebe zwecks Kontrolle der Unfallverhütungsvorkehrungen. Von den Sicherheitsmännern, die regelmäßig eine fünfjährige Amtsperiode haben, ist ein Teil zugleich Arbeiterausschußmitglieder (auf regelmäßig je 400 Arbeiter ein Ausschußmitglied), die die Wünsche und Beschwerden der Belegschaften gegenüber der Betriebsverwaltung zu vertreten haben. Diesmal kam es darauf an, aus den Reihen der Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder die in den letzten Jahren eingedrungenen wirtschaftsfriedlichen Gelben zu beseitigen, weil diese, getreu ihrer bekannten sozialpolitischen Auffassung, nicht als entschiedene Arbeitervertreter fungieren können. Die vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen haben sich darum gegen die Gelben verständigt auch bei den Sicherheitsmänner- und Ausschußmitgliedern. Die diesmalige Wahlzeit war den Gelben insofern besonders günstig, weil eine größere Masse der gewerkschaftlich bestorganierten Untertagsarbeiter Kriegsdienste tut; weil ferner eine Wahl-agitation durch Flugblätter und Versammlungen unterblieb und darum der persönlichen Beeinflussung der Wahlen durch Betriebsbeamte, natürlich zugunsten der Gelben, größere Bedeutung zukam. Da-

ist, wird die Erfahrung lehren. Kautschuk und Kämpfer werden künstlicher Erzeugung nicht lange mehr widerstreben. Ueberhaupt dürfte der synthetischen Chemie eine erhöhte Bedeutung zukommen; sie wird die Erweißbeschaffung und damit die Ernährung von Mensch und Vieh nicht unwesentlich erleichtern. Im Zusammenhang damit sei auch erwähnt, daß die für die Industrie wie für die Ernährung gleich wichtigen Öle eine größere Aufmerksamkeit erfordern. Auch diesfalls hat sich gezeigt, daß es unzweckmäßig ist, sich auf die Einfuhr aus den östlichen Ländern (Rußland, Rumänien) sowie den Ueberseegebieten ausschließlich zu verlassen, vielmehr werden die Ölfrüchte auch schon beim Anbau des heimischen Bodens mehr als bisher zu berücksichtigen sein, was ohne Beeinträchtigung des Getreidebaus möglich ist. Zwischen einseitiger Schutzollpolitik und systematischer Förderung der Produktion ist ein großer Unterschied, und so bedenklich es wäre, die heimische Wirtschaft als eine geschlossene Selbstversorgung gestalten zu wollen, ebenso bedenklich erscheint es, sie mehr als unbedingt notwendig vom Auslande abhängig zu machen. Freilich, werden die Interessen des Verbrauchs künftig jenen der Produktion und des Handels gleichgesetzt, wenn nicht übergeordnet, so werden diese mehr in den Dienst des ersteren gestellt werden müssen als bisher. Im Hinblick auf die Erfordernisse der Volkswirtschaft werden sich auch staatliche Eingriffe in die landwirtschaftliche Produktion nach der Richtung als unvermeidlich erweisen, daß die Bestimmung über Art des Anbaus, Größe der für bestimmte Saaten verfügbaren Bodenflächen u. a. nicht mehr den Grundbesitzern und Landwirten allein zu überlassen, sondern eine der Aufgaben planmäßiger Vorseorge der Ämter für Ackerbau und Landwirtschaft sein wird, die sich aus Interessenvertretungen der Agrarier in folche der Gesamtbevölkerung werden umbilden müssen.

Die Knappheit an industriellen Roh- und Hilfsstoffen lenkt auch auf die Frage der Ersatzstoffe hin. Daß für nicht wenige größere Verwendungsmöglichkeiten bestehen, als man früher angenommen, hat der Krieg bewiesen. Papier und Pappe können zum Teil an Stelle von Textilien verwendet werden; für Benzol bürgert sich als Ersatz Benzol ein; Eisen, Zink usw. können Kupfer und Zinn teilweise ersparen usw. Kurz, es kann und muß ganz unabhängig vom schließlichen Ausgang des Krieges und der Friedensverhandlungen die planmäßige Versorgung mit Rohstoffen für die Industrie auch künftig Gegenstand der Tätigkeit unserer staatlichen Ämter sein, wobei ein Hauptgewicht darauf zu legen wird, daß öffentliche und private Interessenten zusammenarbeiten und die Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft, an der die Arbeiterschaft aktiv und passiv in höchstem Maße beteiligt ist, den Ausschlag gibt. **Sigm. Raff (Wien).**

### Die dänische Arbeitslosenversicherung 1914/15.

Der Bericht des dänischen Arbeitslosigkeitsinspektors für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 ist soeben erschienen. Die Zahl der anerkannten Rassen ist im Berichtsjahre von 55 auf 57, die der versicherten Mitglieder von 131 113 auf 139 506 gestiegen. 45,4 Proz. der Mitglieder entfallen auf Kopenhagen und Vorstädte, 38 Proz. auf die Provinzstädte und 16 Proz. auf die Landbezirke. Von 159 289 insgesamt organisierten Arbeitern Dänemarks sind somit  $\frac{7}{8}$  gegen Arbeitslosigkeit in anerkannten Rassen versichert. Bei 0,6

Prozent konnte der Aufenthalt nicht festgestellt werden. Die Kasseneinnahmen beliefen sich auf 3 252 186 Kronen, darunter 1 548 225 Kronen regulärer Beiträge, 110 423 Kronen Extrabeiträge, 979 530 Kronen Staatszuschuß pro 1913/14 und 448 701 Kronen Gemeindeforschüsse für den gleichen Zeitraum. Die Leistung der Mitglieder war um 4 Ore geringer als im Vorjahre, nämlich 12,26 Kronen gegen 12,30 Kronen Jahresleistung 1913.

Die Ausgaben gestalteten sich folgendermaßen: Tagegelber 2 688 279 Kr., Reiseunterstützung 55 382, Weihnachtsunterstützung 32 426, Umzugsgeld 21 183, Naturalienunterstützung 2575, Verwaltung 278 688, insgesamt 3 678 533 Kronen.

Pro Mitglied wurden an Unterstützungen 20,69 Kronen verausgabt gegen 15,52 Kronen im Vorjahre. Die durchschnittliche Unterstützung eines unterstützten Mitglieds betrug 62,73 Kronen gegen 48,57 Kronen im Vorjahre. Es ist also eine Steigerung der Leistungen eingetreten, die zum Teil auf die ersten Kriegswirkungen zurückzuführen ist.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen betrug 50 013 oder auf je 100 Mitglieder 37 gegen 32 im Vorjahr. Auf jedes Mitglied entfielen 26 Arbeitslosentage gegen 20 im Vorjahre, während 51 Proz. sämtlicher Arbeitslosentage unterstützt wurden (im Vorjahre 50 Proz.). Besonders ungünstig gestalteten sich die Verhältnisse im Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, bei den Tabakarbeitern usw.

Das Vermögen der Kassen stieg von 3 137 162 Kronen auf 3 310 826 Kronen. Ueberschüsse erzielten 40 Kassen, während 17 Kassen 279 002 Kronen Unterbilanz hatten.

Der Bericht zeigt, daß die dänische Arbeitslosenversicherung sich auch im Kriege vorzüglich bewährt hat. Durch die staatlichen und gemeindlichen Zuschüsse, auf die ein gesetzliches Recht besteht (bei den Gemeinden jedoch nur fakultativ), konnten die Kassen ohne Herabsetzung der Leistungen dem Ansturm beim Kriegsbeginn mit Ruhe begegnen.

Am 1. April 1915 trat das neue (revidierte) Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft, das am System nichts geändert hat. Einige andere Änderungen sind jedoch vorgenommen worden, die nicht ohne Bedeutung sind. So erhielten die Kassen das Recht auf einen besonderen Staatszuschuß bei außergewöhnlich großer Arbeitslosigkeit, wenn sie 5 Proz. der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen für diesen Zweck fondieren. In beiden Kammern des Reichstags entsenden in den Arbeitslosenrat je 2 Mitglieder, was ebenfalls eine Neuerung ist.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

**Adalbert Sremski**, Redakteur des von der Generalkommission herausgegebenen polnischen Blattes „Oswiata“, ist am 17. November im Alter von 54 Jahren in Posen gestorben. Sremski übernahm am 1. März 1901 die Redaktion der „Oswiata“ und er hat sich redliche Mühe gegeben, das Blatt zu einem gewerkschaftlichen Aufklärungsorgan für die polnisch sprechende Arbeiterschaft Deutschlands zu gestalten. Darüber hinaus hat Sremski unter den polnischen Arbeitern agitatorisch und organisatorisch seit langen Jahren gewirkt und große Verdienste um ihre Organisierung erworben. Die Gewerkschaften werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Ueber die Finanzen des Fabrikarbeiterverbandes im Kriegsjahr